

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mifflinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dänkeff 4196/4198



Hauptschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Bello-Wallace-Platz 8
Druckerschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeitschriften ist Berlin.

Berlin, den 11. August 1932.

Im. Institut
Soz. Geschichts-
Amsterdam

O t t a w a .

SPD. Von zwei zu zwei Jahren setzen sich die britischen Vertreter von Handel und Industrie, Landwirtschaft und Gewerkschaften, sowie die Delegierten der Regierungen Grossbritanniens und seiner selbstständigen Ueberseestaaten an einen runden Tisch zur Wirtschaftskonferenz. Ziel und Zweck: das grösste Reich der Erde auch wirtschaftlich zusammenzuschweissen und auf einen wirtschaftlichen Generalnenner zu bringen. Die nach dem Krieg einsetzende Wirtschaftskrise war der Vater dieses Gedankens.

In diesem Jahre tagt die Konferenz in der Hauptstadt Kanadas. 1930 war sie in London. Abgesehen von einem Radio-Abkommen für alle Sendestationen des britischen Reiches und von einigen unbedeutenden politischen Geschenken für die Ueberseestaaten, war das Ergebnis von London gleich null. Wird Ottawa einen besseren Abschluss bringen? Die Wünsche sind gross und an Phantasie mangelt es weder in London, noch in Ottawa, nicht in Kapstadt noch in Sidney. Aber auch hier gilt das Wort, dass sich hart im Raume die Dinge stossen, die wirtschaftlichen Realitäten. Sehen wir sie an!

1926, bei der ersten Reichskonferenz, betrug die englische Einfuhr 1 115 866 Millionen Pfund Sterling; die Ausfuhr: 653 046 Millionen Pfund. 1930 war die Einfuhr auf 1 043 975 Millionen Pfund gesunken; die Ausfuhr auf 570 755 Millionen. 1931: 862 174 Millionen Einfuhr und 389 163 Millionen Pfund Ausfuhr! Ein erschütterndes Zahlenbeispiel für die englische Wirtschaftsnot, die trotz Aufgabe des Goldstandards und des Freihandels, auch in diesem Jahre grösser geworden ist. In Kanada, Australien, Indien, Südafrika und wie die Ueberseestaaten auch heissen ist das Bild nicht besser. Im Gegenteil! Wenn z.B. das britische Imperium mit 22 % an der Weltproduktion von Weizen beteiligt ist; mit 41 % an der Weltproduktion von Reis, mit 47 % für Wolle, mit 99 % für Jute, mit 46 % für Zinn, mit 29 % für Blei, mit 56 % für Kakao, mit 35 % für Tee und 59 % an der Weltproduktion von Gummi, und wenn die Zusammenschrumpfung des Welthandels gerade für diese Produkte besonders gross ist, so ist es auch der Wille der britischen Staaten, zu einer Wirtschaftseinheit zu gelangen.

Was aber diesen Willen, alle Vorschläge, Hoffnungen und Experimente in das Reich der schönen und unerfüllbaren Träume verweist, das ist wiederum die nüchterne Wirklichkeit. Das britische Imperium ist ein bewunderswerter und ausserordentlich fest geschmiedeter politischer Völkerbund. Wirtschaftlich jedoch sieht es so aus: Der Gesamthandel dieses politischen Bundes beträgt rund ein Drittel des Welthandels. Jedoch nur 40 % des britischen Handels ist Warenaustausch innerhalb des britischen Reiches. Seit dem Krieg und der stetig steigenden Industrialisierung der Ueberseestaaten fällt der englische Export nach den britischen und ausländischen Ueberseestaaten; er steigt nach dem europäischen Kontinent. 1931 betrug der Export Englands nach dem Kontinent 44,6 % des englischen Gesamtexports. 26,6 % Ausfuhr ging in fremde Ueberseeländer und nur 28,8 % nach den britischen Ueberseestaaten.

In Worte ausgedrückt: Die einzelnen Staaten des britischen Imperiums führen ihr ureignes Wirtschaftsleben. Wirtschaftlich sind die britischen Ueberseestaaten bedeutend mehr mit dem Ausland als mit England verflochten. Das Gleiche gilt für England selbst. Kein Gesetz und kein Wunsch vermag die wirtschaftliche Selbständigkeit der einzelnen britischen Staaten aufzuheben, oder selbst nur einzelne Produktionszweige zugunsten des Mutterlandes oder irgend eines Mitgliedes dieses Völkerbundes einzuschränken, wie es das Ziel von Ottawa sein sollte.

In diesem Licht gesehen, erübrigt es sich, den Einzelheiten, den Vorschlägen und Diskussionen von Ottawa grossen Wert beizulegen oder breiten Raum zu widmen. Da will z.B. England mehr Industrie-Erzeugnisse in Kanada loswerden. Kanada erstickt in Weizen und anderen landwirtschaftlichen Produkten und möchte mehr davon in England verkaufen. Dem hierbei für England oder Kanada herauszuschlagenden Vorteil, stehen jedoch grössere Nachteile gegenüber. Kanada hat bessere Abschlüsse mit Nordamerika, als sie ihm England je gewähren kann, und umgekehrt ist der englische Warenaustausch mit Agrarländern wie Holland, Dänemark oder Neuseeland viel zu erspriesslich, als dass er durch Kanada ersetzt werden könnte. So versucht in Ottawa einer dem anderen seine Waren aufzuzwingen, alle möglichen und unmöglichen Zollvorschläge werden erwogen, die unannehmbar sind, weil sie vor allem die Lebensmittel der Bevölkerung des Mutterlandes verteuern würden, und wenn viel in Ottawa herauskommen sollte, so sind es Abkommen, die die Suppe nicht fett machen wie vielleicht das mit Tasmanien, das mehr Rosinen nach London liefern und dafür mehr Grammophonplatten von dort beziehen wird. Es ist nicht einmal möglich, englische Arbeitslose in Kanada, Südafrika oder Australien unterzubringen, denn Arbeitslosigkeit ist eins der kapitalistischen Produkte, mit dem auch die Ueberseestaaten im grössten Masse eingedeckt sind.

Gemessen an dem, was wir bis heute aus Ottawa gehört haben und wie es den rauhen wirtschaftlichen Tatsachen entspricht, wird die Reichskonferenz von 1932 kein wesentlich besseres Ergebnis haben können, als die von 1930. Wie aber alles seine zwei Seiten hat, so auch Ottawa. Es ist hier wiederum der Versuch gemacht worden, das Britische Imperium in eine, sich selbst genügende wirtschaftliche Einheit umzuformen. Autarkie für das Britische Reich! Der Versuch war bereits gescheitert, noch ehe die Delegierten in Ottawa gelandet sind. Es wäre gut, wenn daraus die anderen Völker lernen und vor allem das heute autarkische Deutschland die Folgerungen ziehen würde. Dann hätte Ottawa uns und der gesamten Welt einen unschätzbaren Dienst erwiesen.

SPD. Darmstadt, 11. August (Eig. Drahtb.)

Die hessische Regierung hat den Verfassungstag trotz eines Landtags-Beschlusses, den Verfassungstag als gesetzlichen Feiertag aufzuheben, feierlich begangen. In den drei Provinzialhauptstädten Darmstadt, Mainz und Giesse marschierte die Schupo vormittags zur Parade auf.

In Darmstadt nahm Staatspräsident Adelung die Parade ab. In seiner Ansprache sagte er u.a.: Scham und Trauer erfüllen jeden wirklich national empfindenden Menschen ob des Tiefstandes des politischen Kampfes in Deutschland wie ihn selbst der Balkan in seiner schlimmsten Zeit kaum gekannt hat. Die Polizei steht ausserhalb der politischen Parteien und darf einer solchen nicht hörig sein. Es hiesse die Aufgabe der Polizei verfälschen, wenn man ihr einseitig und politisch organisierte sogenannte "Hilfspolizei" angliedern wollte, unter welchem Namen es auch immer sei. Die hessische Polizei hat die Kraft und Mittel, sich durchzusetzen, den Bürger zu schützen und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen.

Abends fand eine republikanische Massenkundgebung in der Festhalle statt

=====

SPD. München, 11. August (Eig. Drahtb.)

Ueber die nächsten Aufgaben der Bayerischen Volkspartei im neuen Reichstag schreibt der Parteivorsitzende Staatsrat Schäffer:

"Die Bayerische Volkspartei wird dafür eintreten, dass alle Staatsexperimente unterbleiben, nachdem das Wahlergebnis alle Diktaturpläne, wie sie der Name Hitler darstellt, abgelehnt und sich für eine ruhige gesetzliche Entwicklung in Deutschland ausgesprochen hat. Eine offene Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten lehnt sie nicht ab, verlangt aber, dass kein Schritt getan wird, der nach faschistischen Experimenten aussieht. Soll nicht der Bolschewismus in Deutschland gedeihen, so muss der Rechtsgedanke und der Glaube an den Rechtsstaat unerschüttert bleiben. Von diesem Gesichtspunkt aus wird die Bayerische Volkspartei in erster Linie dafür eintreten, dass alles, was Gesetz und Recht, Sicherheit und Ordnung im Lande gefährdet, mit gleicher unerbittlicher Strenge unterdrückt wird. Sei es nun von seiten der Rechtsradikalen oder von seiten der Linksradiakalen. Im Vertrauen auf das Wort, das der Reichspräsident dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei gegeben hat, er werde nie eine Reichsreform auf dem Wege über den Artikel 48 machen, fordert die Bayerische Volkspartei, dass das alte Verhältnis zwischen Reich und Ländern, das durch die Reichsexekutive gegen Preussen erschüttert wurde, wieder hergestellt wird. Als ihr Hauptziel sieht sie aber an, die politischen Machtkämpfe in Deutschland überhaupt zu beenden und an das Sanierungswerk der Finanzen zu gehen. Den Gemeinden und öffentlichen Gemeinwesen muss endlich das gegeben werden, was zum Kampf gegen den Hunger notwendig ist. Damit der Reichstag die Aufgabe erfüllen kann, muss auch der Reichsrat wieder arbeitsfähig gemacht und dazu der preussische Zustand beseitigt werden. Aus der Erkenntnis, dass die Bajonette alles schaffen können, nur kein Geld und kein Brot, muss die gesetzgebende Gewalt in all ihren Teilen wieder arbeitsfähig gemacht werden. Um dies zu erreichen, darf kein Volksteil, der willig ist, von der Mitarbeit und Mitverantwortung ausgeschlossen werden oder sich selbst ausschliessen."

SPD. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat die Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu einer Besprechung über die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten eingeladen. Die Besprechung findet voraussichtlich am Montag statt.

SPD. Amsterdam, 11. August (Eig. Drahtb.)

In der Memelklage gegen Litauen hat der Internationale Gerichtshof mit 10 gegen 5 Stimmen entschieden:

1. dass der Gouverneur des Memelgebietes das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums in besonderen Fällen abzusetzen; 2. dass die Absetzung des Präsidenten des Direktoriums nicht die Ausserkraftsetzung der Funktion der übrigen Mitglieder des Direktoriums in sich schliesst; 3. dass die Absetzung Böttchers ordnungsgemäss ist. Ferner hat der Gerichtshof festgestellt, dass die Zusammensetzung des Direktoriums Simaitis ordnungsgemäss war, dagegen nicht die Auflösung des memelländischen Landtags am 22. März 1932.

+ + +

Dieser Spruch muss insbesondere hinsichtlich der Berechtigung des Gouverneurs des Memelgebietes, Böttcher abzusetzen, einige Verwunderung erregen. Diese Amtsenthebung wurde und wird mit einer Reise Böttchers nach Berlin begründet. Sie hat angeblich einer Konspiration gegen Litauen gegolten. Ein durchschlagender Beweis dafür ist u.E. aber niemals erbracht worden, wiesofern hatte der Memel-Gouverneur nicht das Recht Böttcher abzusetzen. In dem inter-

nationalen Memelstatut gibt es keinen Paragraphen, der unter den obwaltenden Umständen auch nur eine Konstruktion dieses Rechts zuliesse. In Deutschland hat man deshalb mit Recht erwartet, dass der internationale Gerichtshof wenigstens hinsichtlich der Amtsenthebung Böttchers eine andere, als die inzwischen bekannt gewordene, Entscheidung gefällt hätte.

SPD. Paris, 11. August (Eig. Drahtb.)

Die neuen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Frankreich und Amerika beginnen offiziell am 22. August. Sie werden geführt auf französischer Seite von Herriot, auf amerikanischer Seite von dem Pariser Botschafter Edge. Schon diese Auswahl der Personen lässt erkennen, dass das Schwergewicht der Verhandlungen auf politischem Gebiet liegen wird. Namentlich Frankreich sieht darin nur die Einleitung zu Verhandlungen über die Kriegsschuldenfrage. Um günstige Stimmung zu machen, hat Herriot den Amerikanern in seiner am Donnerstag überreichten Antwort auf das amerikanische Memorandum schon Zollermässigungen für Pökelfleisch und Dauerware eingeräumt.

Inzwischen ist Herriot durch die Preisgestaltung am französischen Getreidemarkt in eine heikle Lage geraten. Die Weizenernte in Frankreich ist "zu gut" ausgefallen und die Weizenkurse sind daher an der Pariser Produktenbörse innerhalb der letzten acht Tage von 166 auf 125 Francs pro Doppelzentner gestürzt, also etwa auf die Hälfte der in Berlin geltenden Preise. An den Provinzbörsen wurde sogar ein Preis von nur 105 Francs notiert. Grosse Aufregung darüber bei der Landwirtschaft, die über spekulative Manöver des Zwischenhandels klagt und Abordnung auf Abordnung nach Paris zur Regierung schickt. Eine dieser Abordnungen sollte am Mittwoch an der Pariser Börse eine Stützungsaktion vornehmen, wurde aber von der Polizei fortgeschafft.

Herriot fühlt sich in einer Zwickmühle. Er hat oft genug eine Kampagne gegen die Teuerung angekündigt, andererseits aber hat sein Vorgänger Tardieu als Ackerbauminister und Ministerpräsident durch seine protektionistischen Massnahmen die Getreidekurse bis auf 175 und 180 Francs in die Höhe gedrückt, um Wahlstimmung zu machen. Herriot wird also die landwirtschaftlichen Wähler verstimmen, wenn er eine Stützungsaktion nicht unternimmt, sich zugleich aber die städtischen Verbraucher und die Arbeiterschaft auf den Hals laden, wenn er nicht die angekündigte Preissenkungsaktion vornimmt.

Am Donnerstag hatte Herriot Besprechungen mit den wirtschaftlichen Sachverständigen der Regierung, dem Ackerbauminister, dem Unterstaatssekretär für die nationale Wirtschaft und zahlreichen anderen Persönlichkeiten. Am Freitag findet ein ausserordentlicher Kabinettsrat über die gleichen landwirtschaftlichen Fragen statt.

SPD. Der "Kuhhandel" um die Reichsregierung wurde am Donnerstag munter fortgesetzt. Ein Ergebnis wurde bisher nicht erzielt und wenn man den in erster Linie an dem "Handel" beteiligten Gruppen und Grüppchen Glauben schenken darf, so haben sich die Frontstellungen in den letzten 24 Stunden nicht geändert sondern eher versteift.

Die Nationalsozialisten erklären nach wie vor, dass es für sie nur zweierlei gibt: Entweder Hitler als Reichskanzler oder Kampf. Die Herren um Papen bleiben dagegen dabei, dass der Charakter der von ihnen gebildeten Regierung nicht geändert werden darf, während der Reichspräsident zwar gegen die Qualifikation von Hitler als Reichskanzler starke Bedenken hat, aber sich vorläufig noch keineswegs endgültig gegen ihn entschieden haben soll. Jedenfalls wird eine am Donnerstag von der Regierung veröffentlichte Erklärung, nach

der von Hindenburg an der Linie, nach der das gegenwärtige Kabinett gebildet ist, festhält und eine vom Parlament unabhängige Regierung erstrebt, offiziös dahin ausgelegt, dass damit keineswegs eine Entscheidung gegen die Reichskanzlerschaft Hitlers gefällt ist.

Am Donnerstag-Nachmittag hatte der Reichskanzler eine Unterredung mit den Reichstagsabgeordneten des Zentrums Joos und Bolz. Die Zentrumsvertreter liessen in dieser Besprechung keinen Zweifel darüber, dass sie gegen die Weiterexistenz der Regierung Papen sind und die klare Verantwortlichkeit der Rechtsparteien auf verfassungsmässigem Wege fordern. Damit ist nicht gesagt, dass das Zentrum eine Reichskanzlerschaft Hitlers wünscht. Aber es wird sich u.W. mit Hitler als Reichskanzler abfinden, wenn von nationalsozialistischer Seite hinsichtlich des Kurses und insbesondere hinsichtlich der Verfassung bindende Erklärungen und Zusicherungen abgegeben werden.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags nahm noch am Donnerstag-Abend einen Bericht seiner Unterhändler Joos und Bolz entgegen. Ihre Haltung wurde einstimmig gebilligt.

+ + +
Die "Germania" teilt über die Unterredung der Zentrumsabgeordneten Joos und Bolz mit dem Reichskanzler folgendes mit:

"Die Zentrumsabgeordneten knüpften in der Darstellung ihrer Auffassung über die gegenwärtige Lage an der Forderung an, die seinerzeit unmittelbar nach der Demission des Kabinetts Brüning Prälat Kaas beim Reichspräsidenten erhoben hat: der sogenannten Total-Lösung, d.h. der vollen Verantwortlichkeit, Einbeziehung der ehemaligen Opposition in die Reichsregierung. Nach Ansicht des Zentrums ergebe sich die Notwendigkeit eines solchen Einbaues in Konsequenz der Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen ganz von selbst. Das Zentrum müsse absolute klare Verantwortlichkeit verlangen. Dazu gehört namentlich die offene und volle Mitverantwortung der Nationalsozialisten.

Es sei selbstverständlich, dass dabei die strikte Innehaltung verfassungsmässiger Wege und Methoden gewährleistet seien und die neue Reichsregierung die loyale Zusammenarbeit mit der Volksvertretung wollen und pflegen müsse. Anderes führe notwendig auf Abwege und zu Experimenten, die mit der Verfassung nicht mehr zu vereinbaren sind.

In solchem Zusammenhang sehe die Zentrumspartei auch die gegen die frühere Preussische Regierung ergriffenen Massnahmen und müsse es folgerichtig ablehnen, nachträglich auch nur eine indirekte Verantwortung dafür zu übernehmen.

Allein aus dieser Betrachtung ergebe sich bereits die Unmöglichkeit einer Weiterexistenz des gegenwärtigen Reichskabinetts, da ihm Grundlagen, die Voraussetzung zu einer vertrauensvollen, gesicherten und Erfolg versprechenden Arbeit durchaus fehlten.

Die Zentrumspartei werde sich positiv verhalten jeder Lösung gegenüber, die unter Ausschluss jeder Parteidiktatur den beiden Grundgedanken der klaren Verantwortlichkeit und des verfassungsmässigen Weges entspricht."

SPD. Paris, 11. August (Eig. Drahtb.)

In den Presseunternehmungen des korsischen Parfümfabrikanten Coty scheint die Krise schwere Verheerungen angerichtet zu haben. Die Aktionäre des "Ami du Peuple" sind zu einer ausserordentlichen Generalversammlung einberufen worden, auf deren Tagesordnung steht: "Beschlussfassung über ausserordentliche Massnahmen angesichts der finanziellen Lage der Gesellschaft: Veräusserung der Aktiven, Anleihen oder sonstige Mittel."

Wie in Paris verlautet, soll die mit zwei Millionen Francs ausgestattete

Aktiengesellschaft des "Ami du Peuple" mit einer grossen Unterbilanz gearbeitet haben. Die nationalistische "Liberté", eine Gegnerin des "Ami du Peuple" behauptet, dass das Defizit sich auf 60 Millionen Francs beläuft. Man will wissen, dass der "Ami du Peuple" sein Erscheinen Ende August oder Ende September einstellen wird.

SPD. Es ist gewiss niemand darüber erstaunt, dass der 11. August für einen Reichsinnenminister wie Freiherrn von Gayl kein Freudentag, sondern nur "ein Gedenktag" ist. Wen wundert es deshalb, wenn er als offizieller Gedenkredner am Donnerstag bei der Verfassungsfeier der Reichsregierung keine Festrede hält, sondern einen Lehrvortrag, wie nach seiner Auffassung eine deutsche Verfassung aussehen müsste? Aber was er dem Volk über die von ihm gewünschte Verfassung erzählte, hat vorläufig wenig praktische Bedeutung. Die Machtfaktoren sind heute in Deutschland so verteilt, dass den Anschauungen des Herrn von Gayl und seiner Ministerkollegen einstweilen nicht viel mehr als theoretische Bedeutung beizumessen ist.

Im Reichstag hat die Reichsregierung Papen-Gayl nichts hinter sich als Herrn Hugenberg und seine 35 Mannen. Dass der Reichspräsident mit Hilfe des § 48 die Weimarer Verfassung im Sinne des Festredners vom 11. August 1932 umbiegen werde, ist ebenfalls nicht anzunehmen. Nach seinen bisherigen Erklärungen dürfte er auch in Zukunft für Verfassungsänderungen auf dem Verordnungswege nicht zur Verfügung stehen.

Trotzdem wäre es verkehrt, das Machtstreben und den Willen derer um Papen und Gayl zu unterschätzen. Sie wollen zurück zur alten Zeit. Sie wollen eine zweite auf Ernennungen beruhende Kammer, weil ihre Auftraggeber, die Schwer-Industriellen und Grossagrarier in der ersten Kammer, im Reichstag ohne besonderen Einfluss sind und aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf absehbare Zeit ohne besonderen Einfluss bleiben werden. Darum Änderung der Verfassung in eine Sinne, der schliesslich einer Gruppe eines Volkes einen Einfluss zuschanzen soll, der zu ihrer wirklichen Stärke im Volke in diametralem Gegensatz steht.

SPD. London, 11. August (Eig. Drahtb.)

Der seit Wochen andauernde Weberstreik in Burnley droht zu einem allgemeinen Streik der gesamten Baumwollindustrie zu werden. Der Exekutivausschuss der Webergewerkschaften hat die Anordnung eines allgemeinen Weberstreiks in Lancashire durch die Gewerkschaften für nächsten Montag empfohlen. Kommt es zu dem Streik, so dürften 200 000 Arbeiter die Arbeit niederlegen.

SPD. Madrid, 11. August (Eig. Drahtb.)

Die Reaktion auf den misslungenen und niedergeworfenen Monarchistenputsch waren in Sevilla am Donnerstag grosse kommunistische und syndikalistische Gegendemonstrationen. Das Gebäude des rechtsstehenden Blattes "A.B.C." wurde in Brand gesetzt. Auch das Gefängnis wurde gestürmt und an vielen Stellen angezündet. Die Unruhen dauern abends noch an.

SPD. Die Reichsregierung veranstaltete am Donnerstag im Reichstag eine Verfassungsfeier, an der neben dem Reichspräsidenten die Minister der "Präsidialregierung", das Diplomatische Korps, die Spitzen der Behörden und zahlreiche Organisationsvertreter teilnahmen.

Die Ausschmückung des Reichstags war gegen die früheren Verfassungsfeiern nicht unwesentlich verändert. Die Einleitungsformel der Reichsverfassung, die sonst zu beiden Seiten des grossen Reichsadlers an der Stirnwand zu sehen war, fehlte diesmal. Dafür war in der linken Saalecke eine grosse schwarzweisse rote Fahne, allerdings mit der Gösche angebracht, während in früheren Jahren diese Flagge nur draussen auf dem Platz der Republik wegen der Reichswehrparade neben der schwarzrotgoldenen Fahne wehte. Selbstverständlich war die Flagge der Republik in gleicher Grösse in der anderen Saalecke zu sehen.

Die Festrede hielt der gegenwärtige Verfassungsminister Freiherr von Gayl. Er wies einleitend daraufhin, dass alle Versuche, den Verfassungstag zu einem gemeinsamen, volkstümlichen Feiertag zu gestalten, bisher fehlgeschlagen seien. Warum und dass die masslose Hetze der "aufbauwilligen Kräfte" dazu beigetragen hat, verschwig Herr von Gayl. Immerhin stellte er fest, dass der Tag, an dem sich unser Volk die heute geltende Form seines staatlichen Lebens gab, ein geschichtlicher Gedenktag sei und bleibe. Der Reichsinnenminister fuhr dann fort:

"Unser Volk ist in unseren Tagen in zwei Lager zerspalten, zwischen denen ein erbitterter Kampf um die Macht im Staate tobt. Jedes Lager nennt das andere Volksverderber und Staatsfeind und bekennt sich zu dem Streitruuf "Wer nicht für mich ist, ist wider den Staat". So sollten die Dinge nicht sein. Was in unserem Volk heute ausgefochten wird, das ist ein Kampf der Weltanschauungen, der ein Ringen der Geister und nicht eine handgreifliche Auseinandersetzung sein soll. Wir tun gut, auch den weltanschaulichen und politischen Gegner bis zum Beweise des Gegenteils als einen ehrliehen Volksgenossen zu betrachten, der auf seine Weise und nach seiner Überzeugung das Beste unsres Volkes will. Bewusst ausgeschlossen sei dagegen jeder, der einen nationalen deutschen Staat grundsätzlich verleugnet und bekämpft. Man mag zu den Einzelheiten der Weimarer Verfassung stehen, wie man will. Sie ist heute der einzige Grund, auf dem alle, unbeschadet ihrer weltanschaulichen und politischen Meinung stehen müssen, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen. Auf diesem Grund müssen wir uns finden und handeln, denn wir haben keinen anderen, von dem aus wir den Vormarsch zu einem neuen staatlichen Leben überhaupt antreten können. Damit ist aber nicht gesagt, dass die Weimarer Verfassung etwas Unabänderliches wäre. Bereits in meiner Antrittsrede vor dem Reichsrat habe ich mir erlaubt zu sagen, dass eine Verfassung kein starres Idol ist, dass Verfassungen dem Wandel unterworfen und daher abänderungsbedürftig sind, wenn sie Mängel zeigen, die im Interesse der Entwicklung eines Volkes abgeändert werden müssen.

Rückblickend auf die 13 Jahre des Bestehens unserer Verfassung müssen wir bekennen, dass sie abänderungsbedürftig ist. Es war ein Verdienst der verfassungsgebenden Nationalversammlung, aber auch Preussens, Bayerns und aller anderen deutschen Länder, dass 1919 in verhältnismässig kurzer Zeit nach dem allgemeinen Zusammenbruch überhaupt eine Verfassung zustandekam, welche die Reichseinheit gewährleistete und für längere Zeit eine Grundlage staatlichen Lebens schuf, auf der auch tatsächlich sehr schwere Zeiten überwunden werden konnten. Es ist nicht Schuld der Verfassung allein, dass sich in Deutschland im Rahmen ihrer parlamentarisch-demokratischen Grundsätze eine Herrschaft der politischen Parteien entwickelte, bei der Legislative, Kontrolle und Exekutive immer mehr verschmolzen, die ein Kommen und Gehen der Regierungen mit sich brachte, die eine stetige, auf den Wiederaufbau gerichtete Regierungsarbeit hemmte und nahezu unmöglich machte und die schliesslich dazu zwang, sogar Massnahmen des wirtschaftlichen Lebens und der Finanzgebarung mit der ultima ratio des Artikels 48 zu regeln und damit tatsächlich einen Teil der Verfassung selbst ausser Kraft zu setzen.

Die Zustände aber, unter denen wir heute zu leben gezwungen sind, dürften ein schlagender Beweis sein, dass die Verfassung abänderungsbedürftig ist. Unser Volk kann sich auf die Dauer der Notwendigkeit einer Verfassungsreform, ja einer Reichsreform nicht entziehen. Je frühzeitiger und energischer diese Aufgabe angepackt wird, desto besser ist es für uns. Im Rahmen dieser Ansprache können nur einige kurze Hinweise auf das gegeben werden, was vordringlich zu regeln ist. Die Reform hat auszugehen von einer Änderung des Wahlrechts. In diesem Artikel wurzelt die von weitesten Kreisen unseres Volkes schwer empfundene Herrschaft der Parteibükratie. Das Volk will nicht Nummern, sondern Persönlichkeiten wählen und es versteht nicht, dass die Stimmen noch nicht mündiger Volksgenossen gleichgewertet werden den Stimmen der Familien-ernährer und der Mütter. Zur Reform des Wahlrechts gehört auch die Einschränkung der zahlreichen kleinen Splitterlisten, deren Stimmen in der Regel ausfallen. Dem Wahlrecht sollte die Wahlpflicht entsprechen; Regieren heisst nicht nur, die Forderung der Stunde erfüllen, sondern auch ein festes Ziel auf allen Gebieten des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens nachhaltig ansteuern. Es ist nicht Schuld von Personen allein, sondern der Konstruktion unserer Verfassung, wenn in Deutschland fast alle Ansätze zu Reformen bisher im Parteigetriebe erstickten. Jede zielbewusste Regierungspolitik ist auf die Dauer in Deutschland zum Scheitern an zwei Dingen verurteilt, an der Anonymität der Verantwortung und an dem Fehlen einer Instanz, die unabhängig von Parteieinflüssen, dem Gesamtwohl schädliche Parlamentsbeschlüsse ohne schwerwiegende verfassungsmässige Reibungen auszugleichen vermag.

Ein im Umbruch aller Werte befindliches Volk, das unter einer furchtbaren äusseren und inneren Not leidet, bedarf einer von den Fesseln formaler Verantwortung mehr wie bisher befreiten, aber persönlich um so stärker verantwortlichen Regierung, die in einer ersten Kammer einen Helfer haben muss, der sie vor den Folgen der oft durch Stimmungen und Wahlrücksichten beeinflussten Parlamentsbeschlüsse schützen und die Stabilität und Folgerichtigkeit der Regierungspolitik zu gewährleisten vermag. Eine Änderung der Verfassung nach dieser Richtung ist auf die Dauer nicht zu umgehen.

Gayl erklärte zum Schluss, dass zu den schon als notwendig angedeuteten "Reformen" auch noch der "innere Umbau" des Reiches kommen müsse, wobei er von der Beseitigung der Preussenregierung als von etwas Selbstverständlichem ausging. Er schloss mit einem Hinweis auf die "Verantwortung vor unserem Gott und unserem Volk". Das Wort Republik wurde von ihm peinlichst vermieden.

Im Anschluss an die Ausführungen des Herrn von Gayl nahm noch der Reichskanzler das Wort. Ebenfalls im Sinne einer Verfassungsänderung. Als sich dann der Reichspräsident mit seinen Begleitern durch das dichte Spalier von Festteilnehmern, die sich in der Kuppelhalle des Reichstages aufgestellt hatten, zum Tor nach dem Platz der Republik begab, ertönten kräftige Freiheit-Rufe, die keinem Anwesenden entgehen konnten. Auch beim Erscheinen des Reichspräsidenten auf der Freitreppe brachte eine starke Gruppe auf dem menschen-erfüllten Platz ein kräftiges dreifaches Freiheit auf die Reichsverfassung und die Republik.

So wurde das, was in der offiziellen Feier versäumt worden ist, vom freien Volk auf freiem Grund nachgetragen!

SPD. Der Nazi-Präsident des Preussischen Landtages hat auf die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf alsbaldigen Zusammentritt des Preussischen Landtags eine Antwort dahin erteilt, dass es zur Zeit den Zeitpunkt des Zusammentritts mit Rücksicht auf die politische Lage noch nicht endgültig bestimmen könne. Der Landtag werde aber noch vor Beginn der Reichstagstagung zusammentreten.

SPD. Bukarest, 11. August (Eig. Drahtb.)

Der bisherige Ministerpräsident Vaida hat am Donnerstag die neue Regierung gebildet. Neben dem Präsidium übernimmt Vaida auch das Ministerium des Aussern, Finanzminister ist Mironescu, Landwirtschaftsminister Nitescu.

Die neue Regierung wurde in Übereinstimmung mit der nationalen Bauernpartei gebildet.

SPD. In den Büroräumen der Reichsbanner-Bundesleitung in der Stresemannstrasse in Berlin fand am Donnerstag-Nachmittag eine polizeiliche Durchsuchung nach Waffen statt. Es wurden drei Revolver und fünf Gummiknüppel gefunden. Die Revolver gehören Mitgliedern des Reichsbanners, die Waffenscheine besitzen, aber zurzeit verreist sind.

SPD. Breslau, 11. August (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit der Ermordung des kommunistischen Arbeiters Pietezusch hat die Gleiwitzer Polizei in Potempa 10 Nationalsozialisten verhaftet. Der eigentliche Täter ist bisher noch nicht ermittelt. Wahrscheinlich aber befindet er sich unter den festgenommenen SA-Leuten.

Die SA-Banditen sind inzwischen dem Sondergericht in Gleiwitz zugeführt worden. Sie werden nach den verschärften Strafen der Notverordnung abgeurteilt werden.

SPD. Aus Schlesien werden wieder eine ganze Reihe von nationalsozialistischen Gewalttaten gemeldet, die sich in der Nacht zum Donnerstag ereigneten:

In Gross-Strehlitz wurde in die Wohnungen von Zentrumsmitgliedern und in das Haus des Leiters des Finanzamtes hineingeschossen. In Zerbau (Kreis Glogau) feuerten unbekannte Täter in die Wohnung des sozialdemokratischen Gemeindevorstehers. In Kronstadt (Kreis Kreuzburg) wurden Handgranatenattentate auf ein Kaufhaus und einen Apothekerladen verübt. In beiden Fällen ist erheblicher Sachschaden angerichtet worden. Auch in Pitschen wurden Handgranaten in das Haus eines Kaufmanns geschleudert, die grossen Materialschaden verursacht haben.

+ + +
In mehreren Ortschaften der Oberlausitz hatten es die Nationalsozialisten auf die Niederlagen des Konsumvereins abgesehen. Drei Läden sind mit Handgranaten beworfen worden, die die Ladeneinrichtungen zertrümmerten. In diesen Orten wurde auch in die Wohnungen mehrerer Sozialdemokraten hineingeschossen. In Bunzlau wurden die Schaufensterscheiben der Filiale der Dresdner Bank, des Konsumvereins und einer Getreidehandlung mit grossen Pflastersteinen zertrümmert.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Totenschiffe 1932.

Der Siegeszug des Oels - Die andere Seite...

SPD. Im mexikanischen Golfe gerieten drei Tankdampfer der Petroleumflotte durch Blitzschlag in Brand. Kurze Zeit nach der Explosion versanken sie mit der gesamten Besatzung.

Der Kampf der Mächtigen geht nicht zuletzt um den Besitz des Erdöls. Wer Petroleum hat, hat die Zukunft! - unter dieser Devise erforschen Expeditionen den ganzen Erdball, suchen in Wüsten, Sümpfen und Felsgebirgen und sind überall: in Mesopotamien und Kolumbien, in Mexiko und in den indischen Sümpfen. Fünfzehnhundert und zweitausend Meter tief fressen sich die Oelbohrer in die Tiefe, um dem Erdinneren den kostbaren, schmutzig-braunen Stoff abzurufen. Mit mehr oder minder grossen Pausen währt die Jagd nach dem Oel schon zweiundeinhalb Jahrzehnte.

Auf allen Meeren!

Inzwischen hat das Petroleum eine technische Revolution hervorgerufen. Seit der Erfindung des Roh- und Schwerölmotors Rudolf Diesels ändert sich langsam, aber sicher die gesamte Wärme- und Brennstoffwirtschaft der Industrie. Überall verdrängt der Schwerölmotor die Dampfmaschine. Seit Petroleum als Triebstoff aufgekommen ist, hat es sich besonders schnell im Seeverkehr durchgesetzt. Auf allen Meeren schwimmen die Riesenschiffe mit grösster Nutzlast, getrieben von sauberen Oelmotoren, beheizt von Oel. Als leichter, raumsparender Ballast kann es einfach im Doppelboden mitgeführt werden. Betriebssicherheit, grössere Nutzlast durch Raumersparnis und grösster Aktionsradius waren für die Wahl des Oels als Treibstoff auf den Schiffen entscheidend.

Heute gibt es schon an allen Küsten der Erde Oeltankstationen. Die Tankflotten schwimmen auf den Ozeanen; sie vermögen den Brennstoff direkt ohne lange, zeitraubende Bunkerstationen an die fahrenden Schiffe heranzubringen. Die Beweglichkeit der Oeltankschiffe, ihre stete Bereitschaft - sie folgen den Strassen der Schiffe wie Hunde ihren Herren - macht den Seeverkehr um ein Vielfaches rentabler und - risikoloser.

Bei den Tankschiffen selbst wächst indes das Risiko mit ihrer Grösse und Seebeweglichkeit. Früher waren alle Seeschiffe nicht zuletzt von den Männern im Heizraum abhängig, die es verstanden, mit grösster Präzision die Kohle von der Schaufel direkt in die tiefen Feuerungen zu werfen und so zu verteilen, dass die höchste Nutzleistung der Kohle erzielt wurde. Heute hat sich dieses Abhängigkeitsverhältnis verlagert. Die modernen Oelflotten sind in erster Linie von den Routen der Tankschiffe abhängig und diese wiederum von ihrer geringen Besatzung.

Niemals Rettung!

Die Männer auf den Oeltankschiffen bilden einen besonderen Menschenschlag; sie sind erfüllt von einem tiefen Fatalismus. Sie werden gut bezahlt, wenigstens besser als die Oelheizer auf den Schiffen, aber die Bezahlung steht in keinem Verhältnis zu dem Risiko, das die Seeleute auf den Oeltankschiffen eingehen müssen. Bei jeder Fahrt riskieren sie ihr Leben. Das Heizöl, das sie verfrachten, ist sehr leicht entzündbar, besonders dann, wenn die Schiffe in tropischen oder subtropischen Zonen auf See treiben. Der ge-

fährlichste Feind der Schiffsbesatzungen ist das Gewitter, der Blitz, die Luftelektrizität. Einmal vom Blitze getroffen, fliegt die leicht entzündliche Ladung sofort in die Luft, und das eiserne Schiffsgerippe versinkt spurlos im Meere. Die Zahl jener Schiffe, die mit Oeltankladung auf See verloren gegangen sind, ist bereits Legion geworden. Niemals gelang es die Besatzungen zu retten.

Aber nicht nur die hochgespannte Elektrizität ist der Feind der Tanker, oft genügt eine geringfügige Reibung in Verbindung mit dem salzhaltigen Seewasser, wie an den Reinschiffschläuchen, um kleine, kaum wahrnehmbare Funken zu erzeugen, die das Oelgas entzünden können. In den Vorschriften der Seeberufsgenossenschaften wird besonders auf diese Gefahren hingewiesen.

...sie leben in spartanischer Einfachheit.

Natürlich werden die Mannschaften auf den Tankern besonders wachsam und vorsichtig. Sie rauchen nur in den dazu bestimmten Aufenthaltsräumen und tragen nie Gummizeug oder Nagelschuhe. Sie leben auf den Schiffen in wahrhaft spartanischer Einfachheit. In ihren Wohndecks gibt es kein Holz, nur kahles Eisen. Ihre Aufenthaltsräume sind nüchterner als die alten Kasernen des wilhelminischen Militärstaates. Nur wenn Arbeit an Deck zu leisten ist, kommen die Mannschaften aus ihren Kajüten, sonst bleiben sie unter Deck, wo sie am sichersten sind.

Trotz aller Vorsicht mehren sich die Seeunfälle der Tankschiffe. Gegen die Oelgase und ihre Explosionsfähigkeit gibt es auf den Schiffen noch weniger Sicherungen als gegen die Kohlenstaubexplosionen moderner Kesselanlagen. Die Verluste der Besatzungen auf den Tankschiffen sind unverhältnismässig hoch. Im Lloydsregister figuriert diese Totenliste an erster Stelle aller Schiffsverluste.

Wie das Unglück im mexikanischen Golfe zeigt, bringt ein einziger Blitzschlag alles zur Explosion, obwohl Schiffe auf See Gewitter sonst kaum zu fürchten haben. Es müssen hier noch ungeklärte physikalische Beziehungen zwischen den Oelgasen und der Luftelektrizität bestehen, die die Gefahrenzone der Tankschiffe bei Gewittern erhöhen. Und gegen die Zündungen der Gase bei Blitzschlag helfen weder die grossen Doppeldichtungen der Luken, noch besonders isolierte Tankräume. Die Tankdampfer sind moderne Totenschiffe.

W.S.

+ + +

Die Meisterschwimmer. Bei der Olympiade in Los Angeles sind die scheinbar unüberwindlichen japanischen Schwimmer beim Kraulen über 400 Meter geschlagen worden: in einem mit Spannungsmomenten überladenen Rennen siegte der Amerikaner Crabbe in der Rekordzeit von 4 : 48,4 vor Paris-Frankreich (4 : 48,5), drei Japanern und einem Australier. Im 100 Meter-Rücken-Vorrennen wies der Deutsche Küppers eine gute Form auf; er siegte mit 1 : 08,4 gegen den Japaner Kiyokawa. Die Nürnberger Springerin Olga Jordan blieb im Kunstspringen hinter der ersten USA-Klasse zurück, belegte aber vor allen anderen Nationen den vierten Platz. Die deutschen Ruderer wurden geschlagen. Die amerikanischen, kanadischen und italienischen Ruderer zeigten sich zwar nicht stilvoller, aber zäher und kraftvoller als die Deutschen. Bei den Boxern schlug im Bantamgewicht der Deutsche Ziglarski den Franzosen Nicholas nach Punkten, ferner der Mittelgewichtler Bernmüller-Deutschland den Neusseländer Lowe. Die deutschen Boxer Kartz (Leichtgewicht), Berger (Halbschwergewicht) und Kohlhaas (Schwergewicht) haben die Kämpfe gegen ihre Partner verloren.

+ + +

Ende des Abenteuers. Die im australischen Busch verunglückten und nach Wochen aufgefundenen deutschen Piloten Bertram und Klausmann wollen die Heimreise nach Europa auf einem Dampfer antreten.

+ + +

Devisenschieber. In Mannheim wurde Rechtsanwalt Hafner unter der Beschuldigung, Devisenschieberungen begangen zu haben, verhaftet.

Feurige Liebe. In Güls bei Koblenz schoss ein junger Mann -angeblich wegen verschmügte Liebe - eine Witwe nieder; sie wurde lebensgefährlich verletzt. Nach der Tat jagte sich der gekränkte Liebhaber eine Kugel in den Kopf; der junge Mann verstarb auf der Stelle.

Zu Tode geboxt. In einem Sportklub in Wanne=Eickel (Westfalen) wurde ein Sportler durch einen Box=Tiefschlag tödlich verletzt.

Chemisches Porzellan? Dem Mineralogen Noll an der Universität Göttingen gelang es, das bisher nur als Naturprodukt gewonnene, zur Herstellung des Porzellans dienen Kaolin auf chemischem Wege herzustellen.

Acht Millionen Obdachlose! Bei der Ueberschwemmungskatastrophe in der Mandschurei sind nach vorsichtiger Schätzung etwa acht Millionen Menschen obdachlos geworden. Das Wasser steigt seit Tagen unentwegt weiter an; in manchen Orten ist die Flut bereits acht Meter hoch. Durch die furchtbare Naturkatastrophe wurde der politische Frieden in der Mandschurei wiederhergestellt: Chinesen und Japaner sind gemeinsam bemüht, rettend einzugreifen.

Mukden wurde von einer Feuerkatastrophe betroffen. Zahllose Häuser der Stadt sind abgebrannt. Angeblich sollen chinesische Freiwillige das Feuer angelegt haben. Bei Kämpfen zwischen Japanern und Chinesen in den Strassen der Stadt wurden von den japanischen Truppen Tanks eingesetzt.

Büchnerpreis. Der diesjährige hessische Georg Büchner=Preis wurde dem durch Gedichte und Novellenbände bekannten Schriftsteller Albert H. Rausch aus Friedberg und dem Kunstmaler Adolf Bod aus Offenbach/Main verliehen. Der hessische Georg Büchner=Preis kommt alljährlich am Verfassungstag zur Verleihung.

Grossfeuer. In Untersteinach (Bayern) wurden durch Grossfeuer sieben Bauernhäuser mit Scheunen und Nebengebäuden eingeäschert. Da der Brand gleichzeitig an zwei verschiedenen Stellen ausbrach, vermutet man Brandstiftung. Der Sachschade ist beträchtlich.

Mord um Mitternacht. In Sprockhövel (Westfalen) wurde der 69 Jahre alte Gastwirt und Viehhändler Heinrich Wieland in seiner Wirtschaft ermordet und beraubt aufgefunden. Der Tat verdächtig sind drei Fremde, die am Dienstag Abend kurz vor Mitternacht im Lokal des Ermordeten einkehrten, aber später nicht mehr gesehen worden sind.

Bluttat beim Festessen. Bei einem sich an eine Jagd anschliessenden Festessen im Hause des Grossmüllers Aujesky in Neutra (Tschechoslowakei) erschoss der jüngere Bruder des Gastgebers dessen durch ihre Schönheit bekannte Ehefrau. Der Mörder flüchtete in die Berge des Magura=Gebirges. Als er sah, dass er von Gendarmen verfolgt wurde, erschoss er sich am Abgrund einer Schlucht. Die Gendarmen bargen den Leichnam aus der Tiefe. Welche Motive den Mörder zu seinem Verbrechen trieben, ist nicht bekannt.

Unglück im Seebad. In dem italienischen Seebad Vietri Sul Mare brach infolge Ueberlastung der ins Meer hinausführende Badesteg ein. Etwa 100 Personen stürzten aus beträchtlicher Höhe ins Wasser und auf den Strand. 40 Personen erlitten Verletzungen.

Neu gesattelt.

Ausgang des Sattlerverbandstages.

SPD. Der Verbandstag der Sattler und Tapezierer, der dieser Tage in Stuttgart stattfand, hat seine Beratungen abgeschlossen. An der Führung des Verbandes war in der Aussprache über die Vorstandsberichte nichts Wesentliches beanstandet worden. Der Verbandstag sprach daher dem Hauptvorstand mit überwältigender Mehrheit - mit allen gegen drei Stimmen - das Vertrauen aus. Die besoldeten Mitglieder des Hauptvorstandes wurden einstimmig wieder gewählt. Zu Beisitzern wurden gewählt: Lillig, Steinführ, Osten, Zander und Strauss. Die Anträge einiger Ortsgruppen (Chemnitz, Hagen und Essen), die sich gegen die politische Haltung des Fachorgans sowie gegen den wegen verbandsschädigenden Verhaltens vorgenommenen Ausschluss einiger Mitglieder richteten, wurden mit allen gegen eine Stimme bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt. Die zur Verschmelzungsfrage vorliegenden Anträge wurden als durch die Aussprache erledigt erklärt.

Den Kommissionsbericht über die Statutenänderung erstattete der Kassierer Riedel vom Hauptvorstand. Er begründete die von der Kommission beschlossenen Kürzungsanträge bei den Unterstützungseinrichtungen des Verbandes mit der Feststellung, dass diese Kürzungen das mindeste seien, was jetzt im Hinblick auf die finanziellen Verhältnisse der Organisation geschehen müsse. Mit Rücksicht auf die Gesamtlage sei es unbedingt notwendig, die Leistungsfähigkeit der Organisation für den Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder zu erhalten. Darum dürfe der noch vorhandene Rest des Verbandsvermögens noch voreilig aufgebraucht werden. Die Ausgaben seien so rasch wie möglich den Einnahmen anzupassen.

Bei allen Unterstützungszweigen wird künftig ganz allgemein die bisher in der Satzung vorgesehene Karenzzeit von 52 auf 65 Wochen ausgedehnt. Die Verlängerung der Karenzzeit tritt am 29. August und die Änderung der übrigen Satzungsbestimmungen am 1. Oktober in Kraft. Doch soll für das vierte Quartal 1932 als Übergang die Erwerbslosenunterstützung noch nach der Höhe des alten Beitrags zur Auszahlung kommen.

Für die Erwerbslosenunterstützung wurde einstimmig beschlossen, dass als täglicher Unterstützungssatz in Zukunft der einfache Wochenbeitrag zu gelten hat. Für die Unterstützung der Kurzarbeiter wurde beschlossen, dass sie bei einer wöchentlichen Arbeitsdauer unter 24 Stunden pro Woche für einen Tag, bei einer wöchentlichen Arbeitsdauer unter 15 Stunden pro Woche für zwei Tage Unterstützung erhalten sollen. Der Anspruch auf die Invalidenunterstützung wurde durch einstimmigen Beschluss davon abhängig gemacht, dass das Mitglied mindestens 780 Verbandsbeiträge oder nach dem 1. Oktober 1929 520 Beitragszuschläge geleistet hat. Die Unterstützung wird nicht gewährt, wenn der Invalide aus anderen Quellen ein Einkommen bezieht, das mehr als zwei Drittel des am Ort üblichen Lohnes seiner Branche beträgt. Der monatliche Grundbetrag der Invalidenunterstützung beträgt künftig je nach der Höhe des Hauptkassenbeitrags bei 780 Beiträgen zwischen 5 und 11 Mark, bei 1100 Beiträgen zwischen 6,50 und 12,50 Mark und bei 1 500 Beiträgen zwischen 8 und 14 Mark. Die bisher schon unterstützten Invaliden sollen bei 700 bis 780 Beiträgen erhalten: Männer 7 Mark, Frauen 6 Mark, bei weniger als 700

Beiträgen Männer 5 und Frauen 4 Mark.

Einstimmig wurde beschlossen, auch arbeitslosen Berufsangehörigen die Möglichkeit des Beitritts zum Verband zu gewähren gegen die Entrichtung eines Wochenbeitrags von 5 Pfennig. Das Eintrittsgeld soll erst dann von ihnen erhoben werden, wenn sie wieder in Arbeit stehen. Hinsichtlich der Beitragshöhe wurde beschlossen, dass das Eintrittsgeld in den Beitragsklassen I bis IV auf 30 Pfennig, in den Beitragsklassen V bis X auf 60 Pfennig festzusetzen und die Lehrlinge vom Eintrittsgeld zu befreien. Die Beiträge selbst sollen bei Lehrlingen bis zum letzten Halbjahr der Lehre pro Woche 10 Pfennig, um letzten Halbjahr 30 Pfennig, bei Gehilfen, gestaffelt in 10 Beitragsklassen, von einem Stundenverdienst von 30 Pfennig ab mit 30 Pfennig, bis zu einem Stundenverdienst von 1,20 Mark mit 1,20 Mark pro Woche erhoben werden. Zur Erhaltung der Mitgliedschaft bei zeitweiser oder dauernder Aufgabe der Berufstätigkeit oder bei Aussteuerung wurden verschiedene Erleichterungen beschlossen. Neu geregelt wurden auch die Unterstützungssätze bei Streiks und Aussperrungen. Die Gehaltsausgaben des Verbandes werden um 32 Prozent gesenkt. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, der gegen die Bestrebungen zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht vom Verband schärfsten Kampf fordert.

Die Sattler haben mit ihrer Statutenänderung ihren Verband neu gesattelt Stärkung der Kampfkraft, auch der finanziellen, ist dringend notwendig. Vom Staat hat die Arbeiterschaft keine Hilfe zu erwarten. Der staatliche Schlichtungsschutz soll ja, wenn es nach den Wünschen der Herrschaften geht, die den neuen politischen Kurs bestimmen, gründlichst abgebaut werden. Das Unternehmertum will den Arbeitern aufknien. Es will mit Löhnen, die nicht besser sind als die Wohlfahrtsunterstützung, die erwartete Wirtschaftsbelebung rücksichtslos zu seinem eigenen Vorteil ausnützen. Schwere Kämpfe stehen den Verbänden bevor. Wer in den Kampf gehen will, muss gesattelt haben.

SPD. In dem Prozess Caro - Petschek war, wie verschiedene Blätter gemeldet haben, ein führender Generaldirektor einer chemischen Fabrik im Vogtland als Zeuge dafür benannt worden, dass Petschek während des mitteldeutschen Kommunistaufstandes unter der Führung von Max Hölz den Kohlenarbeitern in Zwickau zur Durchführung des Streiks finanzielle Hilfe geleistet habe, um so die sächsische Steinkohlenindustrie, eine Konkurrenz Petscheks, zu vernichten. Hierzu teilt uns der Verband der Bergbauindustriearbeiter, Bezirksleitung Zwickau mit, dass er als Organisation mit der damaligen Streikbewegung nicht in Berührung stand. Den freigewerkschaftlichen, am sächsischen Tarif für den Steinkohlenbergbau beteiligten, Organisationen seien keinerlei Zuwendungen von Seiten Petscheks übermittelt worden.

Nachdem die seinerzeit geforderte Teuerungszulage für das Steinkohlenrevier in Sachsen bewilligt war, wurde der Streik unter Aufwendung grosser finanzieller Mittel von den Kommunisten weiter geführt. Schon damals machten die Aufwendungen der kommunistischen Streikbewegung grosses Aufsehen, da ja auch die kommunistischen Arbeiter unter der Geldentwertung schwer zu leiden hatten. Die freigewerkschaftlichen Organisationen hatten mit der Fortsetzung des unter kommunistischer Führung stehenden Streiks nichts zu tun.

SPD. Im Saargrenzgürtel von Trier bis Zweibrücken herrscht bittere Not unter den Bergarbeitern. Früher fanden die Bergleute des Grenzgürtels in einer Stärke von etwa 6 000 bis 7 000 Mann auf den Saargruben Beschäftigung, heute liegt die Zahl der noch im Saargebiet arbeitenden Bergarbeiter erheblich unter 2 000. Die französische Grubenverwaltung hat vor allem die außerhalb des Saargebiets wohnenden Bergleute abgebaut. Die Gemeinden des Grenzgebietes ersticken unter der Wohlfahrtslast.

So hat zum Beispiel der Restkreis St. Wendel-Baumholder in der Einnahme des Kreis-Etats 1932 nur 119 000 Mark stehen, während der Wohlfahrts-etat allein mehr als 200 000 Mark ausmacht. Dabei liegen die Wohlfahrtsunterstützungssätze so niedrig wie nur irgendwo in Preussen. Die Steinbruchindustrie liegt zu 95 Prozent still. In der Landwirtschaft ist der Typ des Kleinbauern vorherrschend, der höchstens auf einige Tage ab und zu eine Hilfskraft beschäftigen kann. Der Arbeitsmarkt des Saargebiets bleibt wegen der Abriegelung durch die Regierungskommission und die Nichtgenehmigung des Aufenthalts versperrt. Verschiedene Arbeitsbeschaffungsprojekte wie der Plan eines Bahnbaus Türkismühle-Kusel sind wieder in den Schubladen der Regierungstische verschwunden. Der 1928 begonnene Versuch einer Umsiedlung der Saarbergleute ins Wurmrevier ist zum Stillstand gekommen; denn auch dort ist die Arbeitslosigkeit gewachsen. Die Rodungs- und Siedlungsexperimente, mit denen man z.B. im Restkreis Merzig-Wadern einen Versuch zur Linderung der Not gemacht hat, stecken noch in den Anfängen und lassen sich auch nicht überall durchführen.

Wenn eine wirtschaftliche Verödung des Saargrenzgürtels verhindert werden soll, dann muss schleunigst etwas unternommen werden. An der Mitwirkung der Gewerkschaften bei einer Hilfsaktion wird es nicht fehlen. Der neue Kurs der Reichsregierung soll doch vor allem ein nationaler Kurs sein. Zu den nationalen Belangen gehört nicht zuletzt die Sorge für die Grenzbevölkerung.

SPD. Die Zementindustrie verlangt jetzt auch Staatshilfe. Sie denkt sich die Wohlfahrtsunterstützung in der Form, dass ähnlich wie 1917 ein Neubauverbot von Zementwerken verordnet wird und alle Aussenseiter gezwungen werden, dem Syndikat beizutreten. Dadurch würde die Konkurrenz aufgehoben, und die Marktbeherrschung und -ausbeutung wäre vollkommen.

Wenn die Zementindustrie Staatshilfe will, dann hat die Öffentlichkeit auch ein Recht, zu erfahren, warum diese Hilfe notwendig wurde. Die Zementindustrie ist überterrationalisiert. Ihre Maschinisierung liegt in den meisten Werken weit über dem Durchschnitt anderer Industrien. Die bereits bestehende grosse Ueberkapazität wurde bedenkenlos noch mehr gesteigert. Diese Fehlerrationalisierung beläuft sich nach Berechnung von Fachleuten auf über 300 Millionen Mark. Man hat aber nicht nur fehlerfaktionalisiert, sondern auch noch für Aussenseiterbekämpfung Millionen von Mark verpulvert. Die Aussenseiter wurden nämlich nicht durch Preisherabsetzungen bekämpft, sondern durch Ankauf der Werke. Die Folge war, dass so manches Aussenseiterwerk neu geschaffen wurde, um vom Syndikat aufgekauft zu werden und eine schöne Rente oder Abfindung zu sichern.

Jetzt sollen die verpulverten Millionen wieder hereingeholt werden. Sollte die Regierung gewillt sein, auf das Ansinnen der Zementindustrie einzugehen, dann müssen auch die Gewerkschaften gehört werden. Die Keramischen Arbeiter fordern, dass mit der Verwüstung von volkswirtschaftlichem Sachkapital endlich Schluss gemacht wird; denn die verpulverten Millionen sind aus den Knochen der Arbeiterschaft herausgewirtschaftet worden. Will die Regierung helfen, dann muss sie sagen, wie sie künftig eine solche sinnlose Vergeudung zu verhindern gedenkt und was mit den Arbeitern geschehen soll, die durch diese planlose Wirtschafterei ihr Brot verloren haben.



Fortschritte der Funktechnik.

Zur deutschen Funkausstellung Berlin 1932.

SPD. Am 19. August wird in Berlin die 9. grosse deutsche Funkausstellung eröffnet. Wie früher werden wieder sämtliche Ausstellungshallen am Kaiserdamm im Ausmass von 25 000 Quadratmetern von den Ausstellern belegt sein. Wie früher wird das Ausland wieder fehlen, obwohl es eigentlich schade ist; denn die deutsche Rundfunkproduktion ist der des Auslandes absolut gewachsen. Wenn die deutsche Rundfunkindustrie seit dem Sommer 1931 weniger zu tun hatte, so ergibt sich das aus der Erschütterung der Absatzmärkte durch die Arbeitslosigkeit.

Was die technischen Neuleistungen des vergangenen Jahres anbelangt, so sind sie bei den wichtigsten Geräten, den Empfänger und dem Lautsprecher, noch recht beträchtlich. Aber man darf doch nicht übersehen, dass das heute den Radioapparaten etwa so geht wie vor 10 Jahren dem Auto. Die autotechnische Entwicklung war vor 10 Jahren abgeschlossen und was wir an Neuheiten erlebt haben, waren Verfeinerungen der Form und der Leistung, aber nicht mehr grundlegende Erfindungen.

Die wichtigste Arbeit auf dem Empfängergebiet war die Erhöhung der Trennfähigkeit oder, wie die Fachleute sagen, der Selektivität. Der bisher immer beobachtete Misstand, drei und noch mehr Stationen auf einmal zu hören, kann durch die neue technische Entwicklung als beseitigt gelten. Dieser Fortschritt ist wichtig; denn was nutzt der beste Empfänger, der auch die kleinste Fernstation lautstark heranholt, wenn nebenbei noch andere Fernstationen, vom Ortsender ganz zu schweigen, dazwischen funken. Dieser Misstand wurde besonders stark empfunden, da man heute keine Grossender von 10 Kilowatt wie früher mehr hat, sondern von 75 bis 100 Kilowatt, die ausserdem im europäischen Wellenband noch einen sehr geringen Abstand voneinander haben. Aber die Technik ist der Schwierigkeiten Herr geworden.

Mit der mechanisch starren Verbindung der verschiedenen Kondensatoren war das Problem noch nicht gelöst. Der heute so enge Senderabstand forderte eine ganz genaue Trennung der einzelnen Stationen und dazu mussten die Kondensatoren haarscharf untereinander abgestimmt sein. Das war an sich eine technisch längst gelöste Aufgabe; für die Massenproduktion von Empfängern wäre sie aber nicht wirtschaftlich zu machen gewesen. Aber die Frage ist auch wirtschaftlich heute gelöst.

Durch einen Kunstgriff, in dem man nämlich die Kondensatorplatten keilförmig einschnitt, ist es jetzt gelungen, Riesenserien von Kondensatoren ohne grosse Schwierigkeiten genau auf einander abzustimmen. Durch die Koppelung der Kondensatoren hat sich ausserdem der Vorteil ergeben, dass man nur einen einzigen Abstimmknopf nötig hat. Das Prinzip des einen Abstimmknopfes ist bei verschiedenen Apparaten heute sogar soweit durchgeführt, dass der nicht immer ungefährliche Rückkoppelungsknopf fehlt. Im Interesse eines störungsfreien Empfanges ist das sehr zu begrüßen; denn was von einzelnen Rundfunkhörern mit der Rückkoppelung immer wieder zusammengepfiffen worden ist, hat schon manchen Hörer zur Verzweiflung gebracht. Trotzdem ist die Leistung des

Empfängers nicht gesunken. Auch diese Vereinfachung ist durch die Verwendung hochwertiger und empfindlicher Schaltungen erzielt worden und diese neuen Schaltungen haben in Verbindung mit den neuen Hochleistungsröhren die Durchbildung von Empfängern möglich gemacht, die ganz Phantastisches leisten.

Bis vor einem Jahre galt ein „Zweiröhren=Empfänger als Orts- und bestenfalls Bezirksempfänger. Heute muss ein moderner Zweiröhren=Apparat Fernempfang liefern. Sehr hochwertige Musikwiedergabe und möglichst einfache Bedienung erfordert natürlich einen Dreiröhren=Apparat, und wer sehr viel Geld hat und den Apparat überhaupt nicht mehr bedienen will, findet alles was er braucht beim Vierröhren=Empfänger. Ohne Rückkoppelung holen diese Apparate jede Station heute so lautstark heran wie der Ortssender. Die Trennung der einzelnen Stationen voneinander besorgt der Apparat automatisch allein und auch die früheren Schwunderscheinungen sind heute noch mehr möglich, weil sich im Apparat ein automatischer Lautstärkenausgleich befindet, der das Hörbarwerden der nachlassenden Sendestärke im Lautsprecher verhindert.

Die Lautsprecher waren schon im vorigen Jahre sehr gut. Der „Freischwinger“, ein sehr empfindlicher und musikalisch einwandfrei arbeitender Lautsprecher hat den Markt erobert. Neben dem Freischwinger kommt der dynamische Lautsprecher immer mehr in Gebrauch, bei dem die freilich sehr wesentlichen musikalischen Vorteile durch grösseren Aufwand von Betriebsenergie und damit höheren Kosten bezahlt werden müssen. Für den Hausgebrauch aber ist der Freischwinger völlig ausreichend. Es gehört schon sehr viel musikalisches Verständnis dazu, um einen hochwertigen Freischwinger von einem dynamischen zu unterscheiden. Die Mehrkosten kann sich der Hörer leicht sparen.

Wilhelm Schrage.

SPD. Die deutsche Schwerindustrie wittert, während über die Regierungsbeteiligung der Nazis hin und her verhandelt wird, ganz gründlich Morgenluft. Ueber die inzwischen abgehaltene ordentliche Jahreshauptversammlung des Arbeitgeberverbandes Nord-West ist der Öffentlichkeit ein Geschäftsbericht übergeben worden, der ziemlich das Tollste an sozial- und wirtschaftspolitischen Rückschritten fordert. Es geht mit einem Worte darum, dass die Schwerindustrie des Westens als Sofortprogramm einen Lohnabbau bis zur Höhe der jetzigen Arbeitslosenunterstützung (d.h. Wohlfahrtsunterstützung) fordert und in grundsätzlicher Hinsicht ein wirtschaftspolitischer Umbau im Sinne des Faschismus verlangt wird.

Wie man es bei den Syndici der schwerindustriellen Wirtschaftsführer gewohnt ist, werden diese Forderungen unter vielen mehr oder weniger schönen Worten verborgen und mit vielen mehr oder weniger stichhaltigen Gründen gerechtfertigt. Der grosse eisenwirtschaftliche Lohnkampf vom Herbst 1928 wird als historisches Ereignis gefeiert; denn von damals ab habe sich, obwohl zunächst noch der Reichstag sich auf die Seite der Arbeiter und Gewerkschaften gestellt habe, eine Umstellung der Lohnpolitik und der staatlichen Schlichtungspraxis wenigstens angebahnt. Mit Nachdruck und mit Stolz wird von diesem Verbands jetzt unterstrichen, dass er eine Sonderstellung in der deutschen Sozialpolitik immer eingenommen habe, eine Sonderstellung freilich, von der die Arbeiterschaft nur weiss, dass sie grundsätzlich scharfmacherisch war und ist. Als ob es kein demokratisches England, Frankreich und keine demokratischen ZSA. gäbe, versteigt sich der Verband zu dem „Bekenntnis“ - dieses Bekenntnis erscheint uns freilich dankenswert - „dass das Lebensgesetz eines demokratischen Staatswesens sich zu dem Lebensgesetz persönlich und verantwortlich geleiteter Wirtschaftsführung verhält wie Feuer und Wasser“! Wenn in wirtschaftspolitischen Auffassungen irgend-

wann ein verfassungstürzerischer Charakter zum Ausdruck kommen kann, hier ist das der Fall.

Die schärfsten Angriffe werden selbstverständlich gegen die sogenannte staatliche Lohnpolitik und gegen die staatliche Schlichtung richten. Aber es bedeutet noch nichts entscheidendes - man ist das von diesen Herren ja gewöhnt -, dass sie nach Lage und Leistungsfähigkeit der einzelnen Gewerbe abgestuften Tarifschutz und eine individuelle Lohngestaltung nach der Lage der einzelnen Betriebe verlangen. Der festzusetzende Tariflohn soll also nach Lage der Gewerbezweige und von einzelnen Betrieben noch abgestuft werden, sodass sich der Tariflohn, der bis heute als Untergrenze aufgefasst werden konnte, in der Zukunft sich praktisch als Höchstlohn auswirken würde.

Das kommt auch ganz deutlich in den Forderungen zum Ausdruck. Als erste Tat in der grundlegenden Reform sei eine neuorientierende Tarifpolitik und Arbeitslosenfürsorge notwendig. Das sei möglich "durch Zulassung freier Lohnfindung im Wege eines Spielraums innerhalb der einzelnen Tarifverträge. Der Staat könnte und sollte sagen: die Lohnsätze der laufenden Tarifverträge dürfen durch Einzelarbeitsverträge, also durch Verträge zwischen Betriebsführer und Belegschaft um einen bestimmten Hundertsatz unterschritten werden". Damit ist die Katze aus dem Sack gelassen, und da Bescheidenheit für die Herren der Schwerindustrie keine Zier ist, sagen sie auch gleich, dass "dieser Hundertsatz natürlich erheblich sein" müsse. Dabei wird brutal ausgesprochen, dass die Abschläge vom Tariflohn so gross sein müssen, dass die Unterstützungssätze erreicht werden, nachdem praktisch durch die jetzige Kurzarbeit die tatsächlichen Einkommen der Arbeiter ohnehin vielfach bis zu solcher Tiefe gekommen seien! Gefordert wird also der Tariflohn als Höchstlohn und der Unterstützungssatz bestenfalls als Mindestlohn.

Auch für die verfassungstürzerischen Absichten wird der praktische Beweis geliefert. Die geforderte Neugestaltung im Grossen will "den Umbau staatszentralistischer Einrichtungen zu Selbstverwaltungseinrichtungen, das staatlichen Zwangsrechts zu echtem staatlichem Aufsichtsrecht, der Gewerkschaften zu berufsständischen Arbeitervertretungen, der Tarifverträge zu Tarifgemeinschaften im Rahmen berufsständischer Gemeinschaftsarbeit usw.". Was hier gefordert wird ist rund und nett das faschistische Korporationssystem von Mussolini!

Dieses Auftreten des Arbeitgeberverbandes Nord-West ist ein Alarm für die ganze Arbeiterschaft, nicht nur für die sogenannte "marxistische", auch für die christliche und Hirsch-Dunker'sche. Zum Aufbau der Wirtschaft soll alles das erfolgen! Das sagen die Herren, die seit 1930 ununterbrochen Mehrbeschäftigung nach erfolgtem Lohnabbau in Aussicht stellten. Das sagen die Herren, die mit kühnem Schwung die von ihnen verschuldeten milliardenfachen Fehlinvestitionen einfach verschweigen, um bedenkenlos systematische Verelendung und vollendeten Faschismus als Staatsaufgabe verlangen zu können.

SPD. Die Hausse an der New Yorker Börse dauert fort. Unter den festverzinslichen Werten sind amerikanische Staatspapiere in den letzten zehn Tagen um 5 Prozent, Bahnanleihen um 3, Anleihen von öffentlichen Werken um 2, amerikanische Industrieanleihen sogar um 7 Prozent gestiegen. In New York hat sich die Dawesanleihe in den letzten 14 Tagen von 54 auf 67,6 und die Younganleihe von 35 auf 45,5 Prozent verbessert.

SPD. Im Jahre 1931 ist Deutschland wieder das Land mit der grössten Zahl der Motorräder geworden. Ihre Zahl hat sich um 5 % auf 760 400 erhöht. England wurde auf den zweiten Platz verdrängt, nachdem die Zahl der Motorräder um 12,8 % auf 639 000 zurückgegangen ist.

Weiter flau.

(Berliner Getreidebörse vom 11. August)

SPD. Die schwache Tendenz für Weizen machte an der Berliner Produktenbörse am Donnerstag weitere Fortschritte. Die Kurse gingen für Lokoware um 2 Mark, am Markte der Zeitgeschäfte um 2 bis $2\frac{1}{2}$ Mark zurück. Das Angebot hatte sich bedeutend verschärft, während die Kauflust bei dem schleppenden Mehlabatz und den unverändert geringen Exportmöglichkeiten sehr klein blieb. Roggen konnte sich besser behaupten. Einmal war das Angebot geringer, zweitens nahmen die Mühlen ständig gewisse Mengen auf. Die Notierungen lauteten für Roggen im Zeit- wie im Prompthandel nur zirka eine Mark niedriger. Am Mehlmarkt hatten sich nichts geändert. Nur das notwendigste Material zur Deckung des laufenden Bedarfs wurde gekauft bei vielfach nachgebenden Forderungen der Mühlen. Hafer und Gerste hatten sehr ruhiges Geschäft.

	10.8.	11.8.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	212 - 214	210 - 212
Roggen	159 - 161	158 - 160
Futter- und Industriegerste	158 - 170	158 - 170
Hafer	-	146 - 150
Weizenmehl	29,00 - 33,00	28,50 - 32,50
Roggenmehl	22,80 - 24,80	22,50 - 24,60
Weizenkleie	11,25 - 11,50	11,25 - 11,50
Roggenkleie	9,80 - 10,00	9,60 - 9,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Sept. 223 - $223\frac{1}{2}$ (Vortag $224\frac{1}{2}$), Okt. 222 ($224\frac{1}{2}$), Dez. $222\frac{1}{2}$ - $222\frac{1}{2}$ ($225\frac{1}{2}$) Roggen Sept. $172\frac{1}{2}$ ($173\frac{1}{2}$), Okt. 174 ($174\frac{1}{2}$), Dez. 175 - $175\frac{1}{2}$ ($176\frac{1}{2}$). Hafer Sept. 145 - $145\frac{1}{2}$ ($147\frac{1}{2}$), Okt. 147 - $146\frac{1}{2}$ Brief (-). Dez. - (-).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier: (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 11.8.) A. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) 65 g 7,75, über 60 g 7,25, über 53 g 6,50, über 48 g 5,75, frische Eier über 53 g 6,25, aussortierte kleine und Schmutzeier 4,75. B. Ausländische Eier: Dänen und Schweden 18er 7,75, 17er 7,25, $15\frac{1}{2}$ - 16er 6,25, leichtere 5,25 - 5,50, Estländer 17er 6,75, $15\frac{1}{2}$ - 16er 5,75 - 6, Bulgaren 5,50, Rumänen 5,25, kleine, Mittel- und Schmutzeier 4,25. Die Preise verstehen sich in Reichspfennigen je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin, nach Berliner Usancen. Witterung schön; Tendenz: etwas freundlicher.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 11. August. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 103, II. Qualität 93, abfallende Sorten 86 RM, je 50 kg. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 51.

Berlin, den 11. August 1932.

Kämpft für die Freiheit!^x

SPD. "Wie schrecklich", sagte mir eine Frau aus dem "andern Lager", "Ihre Genossinnen, (was für ein hässlicher Ausdruck!) Ihre Genossinnen tragen ja jetzt auch die drei Pfeile, die wie Mistgabeln aussehen, und sie ballen sogar die Faust und schreien "Freiheit!". - Wie unweiblich!"

"Nun", antwortete ich, "man kann ja schliesslich verschiedener Meinung darüber sein, ob das Wort "Genossin" schön ist oder nicht. So viel steht fest für mich: das Wort "Genossin" ist bezeichnend für die Stellung der Frau in der sozialdemokratischen Partei. Die Frau ist damit als dem Manne gleichwertig anerkannt, als seine Mitstreiterin. Auf alle Fälle ist es in jeder Beziehung vorzuziehen, die Frau als Genossin zu bezeichnen, anstatt als "alte Ziege" oder als "Mastschwein", wie es so oft bei den Nationalsozialisten geschieht."

Auch darüber kann man wohl kaum verschiedener Meinung sein, ob nicht die schlichten silbernen Pfeile, als Nadel getragen, sehr viel geschmackvoller sind als die Broschen und Ringe mit dem Hakenkreuz, die Abzeichen der sogenannten "Frauenscharen". Und schliesslich kann man wohl auch kaum im Zweifel sein, ob der Ruf "Freiheit!" aus Frauenmund nicht sehr viel schöner klingt als der Ruf "Heil Hitler!", der ziemlich inhaltslos ist, da ja die meisten Frauen, die ihn ausstossen, wenig oder nichts von diesem Ausländer wissen, dem es gelungen ist, sich die Rolle eines deutschen Nationalhelden zu erringen. Dass vollends der Ruf "Juda, verrecke!" sich besonders schön im Frauenmunde ausnimmt, kann man doch ebenfalls kaum behaupten. Auf alle Fälle widerspricht die Stellung Hitlers und seiner Anhänger zu den Frauen der Annahme, er wollte ihnen das kostbarste Gut des Menschen, die Freiheit, geben. Im Gegenteil soll ja den Frauen alles wieder genommen werden, was sie sich in den letzten Jahrzehnten an Freiheit erobert haben. Die Frauen haben dabei die Unterstützung nur einer einzigen Partei gefunden, der Sozialdemokratie, die sehr früh einsah, dass nur die freie Frau, die wahre Gefährtin ihres Mannes, die würdige Mutter freier Kinder in einem freien Deutschland sein wird. Eine Frauenbewegung ohne Freiheit ist im Grunde undenkbar.

In ihrer berühmten "Verkündigung der Frauen- und Bürgerinnenrechte" erklärte schon in der französischen Revolution Olympe de Gouges: "Die Frau ist frei geboren und von Rechts wegen dem Manne gleich." Darum forderte sie als unveräusserliches Recht auch der Frauen "Freiheit, Fortschritt, Sicherheit und Widerstand gegen die Unterdrückung." Fast zu gleicher Zeit erklärte Theodor von Hippel in seinem berühmten Werke "Die bürgerliche Verbesserung der Weiber" in dem er als erster eine Lanze für die Frauen brach: "Denn nur in der Sonne der Freiheit kann alles, was menschlich ist und heisst, zu Kräften kommen." Und der berühmte Philosoph Fichte gibt auf die Frage: "Hast das Weib die gleichen Rechte im Staat, die der Mann hat?" die Antwort: "Ist der Grund aller Rechtsfähigkeit Vernunft und Freiheit, wie könnte zwischen zwei Geschlechtern, die beide dieselbe Vernunft und dieselbe Freiheit besitzen, ein Unterschied des Rechts stattfinden?" Auch Fichtes Zeitgenossin Rahel Varnhagen sieht in der Freiheit der Mütter den grossen Fortschritt der Menschheit. Sie sollen ihre Kinder nicht nur zur Welt bringen, sondern sie auch menschlich erziehen. "Die Macht der Mütter und damit auch ihre Verantwortung soll verdoppelt wer-

den." Darum fordert sie "Raum für eigene Füße", also Freiheit für ihre Geschlechtsgenossinnen. Die erste deutsche Frauenzeitung, die die Achtundvierzigerin Luise Otto-Peters herausgab, trug das Motto: "Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen." In allem Schweren, das diese tapfere Frau traf, blieb sie treu dem Schwur, "der Freiheit Fahnen zu entfalten." Diesen Schwur hielt auch ihre Schicksals- und Kampfgenossin Mathilde Anneke, wenn sie sich "zur Freiheit, oh, zur einzig wahren," bekannte.

Immer war der Dienst der Freiheit ein schwerer Dienst. "Er bringt nicht Ehren, nicht Gewinn." Aber den Frauen, die um die Freiheit kämpften und immer noch kämpfen, ging und geht es ja nicht um Ehren und Gewinn, sondern um ihr Recht als Menschen. Lange sind die Frauen verfolgt und unterdrückt worden. Bebel sagt: "Die Frau ist das erste Wesen, das in Knechtschaft kam." Und er erklärt: "Es gibt keine Befreiung der Menschheit, ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichheit der Geschlechter." Wie es mit der "Freiheit" der Frauen unter den Vereinsgesetzen um 1890 aussah, davon haben wir eine Reihe Berichte. Sie durften nicht weder öffentlich in der Politik beschäftigen noch Mitglieder politischer Vereine sein. Alle Agitationskommissionen der Frauen wurden 1895 aufgelöst. Selbst Feste, an denen Frauen teilnehmen sollten, wurden verboten. Schikanen und Strafen für Frauen waren an der Tagesordnung. Dauernd wurden Haussuchungen gehalten. In Nürnberg wurde den Frauen sogar der Besuch von Versammlungen verboten, in denen nicht politische, sondern gewerkschaftliche Fragen behandelt wurden. Der dortige "freisinnige" Bürgermeister Dr. von Schuh begrüßte aber gleichzeitig die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Frauenbildungsvereins auf ihrer Tagung in Nürnberg als die "Verfechterinnen der wahren Frauenfrage, die nicht in der Absicht gipfelt, eine Änderung der Stellung der Frau im öffentlichen Leben zu erwirken." (!) Die Sozialistinnen liessen sich dennoch nicht beirren in ihrem Kampfe für die Freiheit. Eins der Opfer dieses Kampfes, Agnes Wabnitz, weckte vor allem die proletarische Frauenwelt Berlins durch ihre flammenden Worte. Sie wurde unter Anklage gestellt und zu Gefängnisstrafe verurteilt. Zum Protest weigerte sie sich, Nahrung zu sich zu nehmen. Daraufhin wurde sie in die Abteilung der Charité für gemeingefährliche Geisteskrankte gebracht. Nach ihrer Entlassung nahm sie sich das Leben. Auf ihrem Grabstein stehen die Worte: "Freiheit, Du siegst!" Auch eine Dichterin der Freiheit fanden jene Tage in Clara Müller-Jahnke, die die Bedeutung der Freiheit der Frauen für die Menschheit hervorhebt in den Worten: "Erst müsst Ihr freie Menschen sein, um freie Menschen zu gebären." Als endlich der Anspruch der sozialdemokratischen Frauen auf Freiheit im November 1918 verwirklicht wurde, nannte Adele Schreiber die deutschen Frauen "die freiesten Mütter des freiesten Geschlechts".

Noch war, ja, noch ist heute die Freiheit eine Waffe, deren Gebrauch vielen Frauen fremd ist. Noch ist sie vielen wohl die hohe, die himmlische Göttin, aber von ihrer Herrschaft auf der Erde wollen sie nichts wissen. Wir dürfen uns auch nicht verhehlen, dass die äussere Freiheit wertlos ist, solange die innere Freiheit fehlt. Sie gehört zu den kostbaren Gütern, die man sich täglich neu erwerben muss, wenn man sie besitzen will. Freiheit bedeutet nicht Schrankenlosigkeit, sondern freiwillige Einordnung in die grosse Bewegung, die der Freiheit eine Gasse bahnen will. Darum tragen die sozialdemokratischen Frauen die drei Pfeile und ballen die Faust gegen alle, die Fortschritt und Freiheit hindern wollen.

Anna Bloss.

SPD. Schutz vor zerrissenen Strümpfen.^x Meist ist das Fersenfutter bei Schuhen sehr schnell zerstört, wodurch besonders die Socken und Strümpfe leicht beschädigt werden. Mit einem Stück Leukoplast kann man sich da leicht helfen. Ein Stück in der Grösse des alten herausgeschnittenen Fersenfutters wird abgeschnitten (eventuell mehrere Stücke, die dachziegelartig eingeklebt werden) und befestigt.

Das Rätsel der Hand.^x

SPD. Nicht nur Gesicht und Körperhaltung, Gang und Schrift eines Menschen geben Aufschluss über sein Wesen und seinen Charakter. Untrüglicher noch sind die Zeichen der menschlichen Hand. Ist der Gesichtsausdruck noch so beherrscht und stehen Gang und Schrift noch so sehr unter dem Zwange bewusster Verstellung - der Ausdruck der menschlichen Hand lässt sich nicht verbergen. In seine wehmütigen Gedichte "Frauenhand" spricht Theodor Storm von einem "feinen Zug der Schmerzen", der ihm das Leid der Frau anzeigt, obwohl sie darüber schweigt. Die Hand verrät das Geheimnis, das sie nicht preisgeben wollte.

Die Kunst, in den Linien der menschlichen Hand zu lesen, ist heute so völlig mit Aberglauben und Wahrsagerei verknüpft, dass man ein Buch über dieses Gebiet unwillkürlich mit ähnlichen Empfindungen aufschlägt wie eins der üblichen Traktate über Traumdeutung oder Kartenlegen. Umso angenehmer aber enttäuscht die kürzlich erschienene Studie von Dr. Ursula von Mangoldt: "Die Hand. Erkenntnis und Deutung ihres Ausdrucks" (Niels Kampmann Verlag), denn hier wird endlich einmal mit allen falschen und übertriebenen Vorstellungen, mit Aberglauben und mystischen Erklärungen, die aus der Handlesekunst ein gutgehendes Geschäft machen und leichtgläubigen Frauen das Geld aus der Tasche ziehen, aufgeräumt. Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit, unter Zuhilfenahme zahlreicher Illustrationen, weist die Verfasserin nach, welch ein Unsinn es ist, materiell. Tatsachen, Gewinne, Verluste und dergleichen, wie überhaupt sicher eintreffende Zukunftsereignisse aus der Hand lesen zu wollen. Wahrsagerei im üblichen Sinne kann man aus den Linien der Hand so wenig treiben wie aus dem Kaffeesatz. Wohl aber verrät die Hand etwas anderes. Lebenseinstellung und Willenskraft, Anlagen und Möglichkeiten, tiefgehende Eindrücke und vergangene Erlebnisse, alles das haben die geheimnisvollen Furchen der menschlichen Hand festgehalten. In ihnen lesen heisst, die Richtung, die Grenzen und die Forderungen seines Lebens erkennen. Die Entwicklungsstufe und die geistige Reife des Menschen prägt sich in der Hand aus. Von der Wesensart und der Konstitution des Menschen erzählt die Aussenseite der Hand. Die innere Handfläche mit ihren Linien, Erhöhungen und Vertiefungen, ihren Haupt- und Nebenästen zeigt die bewusste Verarbeitung der Anlagen, die persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten wie auch besondere Erlebnisse. Schon beim Kinde ist die Form der Hand klar zu erkennen. Starke künstlerische oder wissenschaftliche Veranlagung, besondere Willenskraft und ihr Gegenteil, krankhafte Willensschwäche und vieles andere ist bereits festgelegt. Und doch wäre es falsch, nun auf Grund dieser Zeichen die Zukunft des betreffenden Menschen voraussagen zu wollen, denn neben gewissen Grundzügen enthält die Hand eine Menge von Zeichen und Nebenlinien, die weitgehenden Veränderungen unterworfen sind. Sie bilden sich und verschwinden wieder, je nach unsern Erlebnissen und Eindrücken, unsern Leidenschaften und Empfindungen. Je sensibler ein Mensch ist, je stärker er auf alle Eindrücke reagiert, umso linienreicher und ausdrucksvoller wird seine Hand. Ein nervöser, unruhiger Mensch besitzt ein unruhiges Liniennetz, dessen einzelne Furchen kreuz und quer laufen.

Dem Laien am bekanntesten ist im allgemeinen die sogenannte Lebenslinie, die am Handrand unterhalb des Zeigefingers beginnt und sich im Bogen zur Handwurzel hinabzieht. Die landläufige Ansicht geht dahin, dass man aus dieser Lebenslinie Dauer und Ende des Daseins ablesen könne, und manche ängstliche Seele hat schon mit Unruhe aus dieser geheimnisvollen Furche ihr späteres Lebensschicksal entziffern wollen. Aber es wäre völlig verkehrt, etwa irgend einen festen Zeitpunkt bestimmen zu wollen. Denn - was den meisten völlig unbekannt ist! - die Hand des Menschen kann sich noch im letzten Augenblick ändern; es können sich Hilfslinien bilden, die irgendwelchen helfenden Kräften im Körper entsprechen und dem Leben damit einen andern Inhalt und eine andre Richtung

geben. So ist es sehr wohl möglich, dass ein kranker Mensch, dessen Lebensdauer begrenzt zu sein scheint, infolge seines starken Lebenswillens und seiner geistigen Kräfte seine schwache Konstitution derartig beherrscht, dass er körperlich erstarkt oder sogar gesundet. Schon dieses ein Beispiel beweist, wie falsch es ist, fatalistisch an Vorhersagen im einzelnen auf Grund der Handlinien zu glauben. Besonders aber sind von Natur schwache, ängstliche Personen durch Wahrsagerei dieser Art gefährdet, denn sie unterliegen widerstandslos ihrer eigenen Furcht vor dem, was nach ihrer Ansicht bereits festliegt, und werden dadurch gewissermassen Magneten für ihr eigenes Unglück. Aber auch bei widerstandskräftigen Menschen kann das Unterbewusstsein durch unverantwortliche Prophezeiungen von "Handdeutern" schwer belastet werden. Ihr Wille verdrängt zwar die Furcht vor dem Unglück, das angeblich kommen muss, doch im Unterbewusstsein bleibt vielfach eine nie gelöste Spannung zurück, durch die ihre Widerstandskräfte stark ermüden können.

So interessant die Handlesekunst für den reifen Menschen ist, der die Linien seiner Handfläche wie ein Spiegelbild seines Ich betrachtet und aus ihnen Möglichkeiten künftiger Entwicklung abliest, so verfehlt ist es also, aus den Handlinien bestimmte Zukunftsvoraussagen ablesen zu wollen. Auch der genialste Handleser kann nicht voraussagen, ob der Mensch, der vor ihm steht, in zehn Jahren nicht ein völlig anderer sein wird, der sich seiner Kraft und seiner Leistungsfähigkeit erst bewusst geworden ist, denn er kennt nur seinen augenblicklichen Entwicklungszustand. Gewiss gibt es primitive, willensschwache Naturen, die sich als Spielball äusserer Gewalten widerstandslos hin und her treiben lassen, deren Fähigkeiten sich nicht weiter entwickeln, und deren Handbild sich deshalb ebenfalls nicht verändert. Der geistig regsame, willenskräftige Mensch jedoch hat die Fähigkeiten, die Linien seiner Hand zu veredeln und umzuformen, und damit die Möglichkeit, sein scheinbar vorbestimmtes Schicksal dadurch selbst zu gestalten, dass er verantwortungsbewusst und lebensfroh den Kampf mit den niederziehenden Mächten des Daseins aufnimmt.

E.M.

Krankheitsursachen im Gehirn.^x

SPD. Dr. Donald A. Laird von der Colgate-Universität hielt kürzlich vor der Amerikanischen Akustischen Gesellschaft einen interessanten und beachtenswerten Vortrag über die Ergebnisse von Experimenten, die zur Feststellung der Wirkung verschiedener Geräusche auf die Speichel- und Magensaftabsonderung vorgenommen wurden. Schon verschiedene Gelehrte haben die Ansicht geäußert, dass laute, unangenehme Geräusche und hässliche Musik zu Verdauungsstörungen führen können. Nahezu täglich wächst die Zahl der Patienten, die ihren Ärzten klagen, dass sie an Magenbeschwerden usw. leiden, wenn sie ihre Mahlzeiten in Restaurants einnehmen, wo Jazzmusik und Tanz für die Unterhaltung beim Essen sorgen. Es konnte beobachtet werden, dass viele Menschen, deren Verdauung nach einem ruhigen Mittagessen zu Hause durchaus normal ist, unter Magenbeschwerden leiden, wenn sie eine gleich gute und ebenso zubereitete Mahlzeit in einem Restaurant bei der üblichen musikalischen Unterhaltung zu sich nehmen. Dr. Laird glaubt deshalb auf Grund seiner Untersuchungen mit Recht annehmen zu dürfen, dass Geräusche in weitgehendem Masse die Absonderung von Speichel und Magensaft verringern und dadurch für die grosse Verbreitung von Verdauungsstörungen verantwortlich zu machen sind.

Wie man annimmt, liegt das Hauptzentrum der Gemütsbewegungen im unteren Teile des Gehirns, wo sich wahrscheinlich auch diejenigen Gehirnzellen befinden, die die Empfindung des Hungers und auch die Empfindungen von Sodbrennen, Übelkeit usw. vermitteln. Es ist deshalb klar, dass sich jede Art der Erregung des Gehirnzentrums der Gemütsbewegungen auch im Hungerzentrum des Gehirns

auswirkt. Dieses Gehirnzentrum ist, wie die Physiologie lehrt, mit den Nerven verbunden, die die Blutzufuhr und die Verdauungsbewegungen des Magens regeln. Während leichte und angenehme Musik fördernd auf die Verdauung wirkt, verursachen misstönende Klänge und Geräusche gerade das Gegenteil. Auf Grund all dieser Untersuchungen und Forschungsergebnisse bekannte sich der bedeutende Bostoner Arzt Dr. Harvey Cushing kürzlich auf dem Chirurgenkongress in Toronto, der Hauptstadt der kanadischen Provinz Ontario, zu der Ueberzeugung, dass die wahre Ursache von Magenkrankheiten, Magengeschwüren usw., an denen so viele Menschen leiden und alljährlich Tausende zugrunde gehen, nicht im Magen, sondern im Gehirn zu suchen sei.

Ein Stück Lebenskunst.^x

SPD. Mehr oder weniger erhoffen wir alle zeitlebens irgendwoher "das Glück". In der Jugend begleitet uns diese Hoffnung auf Schritt und Tritt: "Wenn ich erst so weit bin, dann...!" Und dieses Hoffen schiebt sich Schritt für Schritt mit uns ins Leben hinaus. Wenn wir längst "so weit" sind, zielt unsere Hoffnung wieder ebenso viel weiter. Das geht ununterbrochen so fort bis in den Tod.

Da ist es gut, sich einmal vor der Zeit das Ende seines Daseins vorzustellen und in besinnlicher Lebensrückschau zu prüfen, wo denn nun eigentlich das Glück gesteckt hat. Wir finden es nicht; es ist keins da, das die grossen Mühen gelohnt hätte. Gewiss, wir verlebt manch glücklichen Augenblick, hatten diese oder jene nachhaltige, tiefe Freude, aber das war es doch nicht, was den ganzen Aufwand an Hoffen und Harren gelohnt hätte. - Vielleicht steht es uns noch bevor in der Lebenshälfte, die wir heute noch nicht überschauen können. Aber wo war es im Leben unsrer Toten, das wir ganz überblicken, von der Wiege bis zum Grabe. Nirgends ist etwas, das ihre Erwartungen vom Glück zufriedengestellt und zur Ruhe gebracht hätte, - dort so wenig wie bei uns.

So sind es denn wohl garnicht die erfüllten Hoffnungen, die grossen Ereignisse, die erlangten "Glücksgüter", die erreichten "Ziele", die unser Leben erst lebenswert machen, wie wir wähnten? - Wenn wir recht aufmerksam zurückschauen, werden wir vielmehr erkennen müssen, dass die Erfüllung selbst unserer heissesten Wünsche kaum etwas mit dem wahren Lebensglück zu tun hatte, dass unser und unsrer Toten wahrhaftes Glück vielmehr mitten im Alltagsstand: im täglichen Schaffen, im Tagewerk, und so wird uns die tiefe Bedeutung der Worte aufgehen: "Und wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen, denn es fährt schnell dahin, als flögen wir davon."

Dann tun wir gut daran, mit dieser Erkenntnis unsere Lebensrückschau abzuschliessen und künftig dem Leben in Ruhe und Gelassenheit ins Auge zu schauen. Ich erwarte nicht mehr voller Unrast Wundergaben von der Zukunft, keinen unverdienten Schatz im Acker. Nicht erst, wenn dieses oder jenes Ziel erreicht ist, soll mir das Leben wertvoll erscheinen. Ich will vielmehr diesen Tag, diese Stunde bewusst als helle Gegenwart werten und in Ruhe nützen; dann wird auch die Summe meiner Tage und Stunden einst ein glückliches Leben gewesen sein.

Es ist ein grosses Stück Lebenskunst, wenn du, junge Braut, deine gegenwärtige Brautzeit recht als deine grosse Glückszeit empfindest, anstatt zu wünschen: "Wenn ich erst Frau bin!" Es ist klug und gut, die Zeit andächtig auszuschöpfen, in der dein Kindchen in dir wächst, anstatt zu klagen: "Wenn es doch erst da wäre!" Und hast du's dann im Arme, so denke: "Gerade jetzt ist eine herrliche Zeit!", anstatt zu hoffen: "Wenn es erst lacht, wenn es erst läuft! Wenn es erst in die Schule kommt, wenn sie erst aus der Schule kommt, wenn sie erst Braut ist!" Und so fort und fort bis in den Tod. Ueber

all dem Hoffen und Harren geht die schöne Gegenwart gering geachtet vorüber, denn "das eigentliche Leben, das Glück, kommt ja erst, wenn..." - Nein, es ist da! Diese Stunde inniger Freude ist ein Stück deines Lebensglücks, ist dein erfüllter Zukunftstraum. Denke doch nicht: diese schweren Arbeitswochen wollen noch überwunden sein, dann kommt ja der Urlaub mit der Erholungsreise, dann kommt erst das wahre Leben! - Als ob das Glück erst auf Ferien und Reise warten müsste, - es ist da! Diese Stunde fleissigen Schaffens mit ihrer schönen Vorfreude ist ein Stück deines Lebensglücks, ein Stück, das, einst vom Totenbett aus rückschauend betrachtet, vielleicht dem wahren Lebensglück noch näher gewesen ist als deine Ferienzeit.

Wohl dürfen Wünsche und Hoffnungen unsern Schritt beflügeln und als leuchtende Sterne unsre Blicke emporziehen. Aber das Streben nach Geld und Gut, nach Ruhm und Ehre, nach besseren Tagen, nach all den kleinen und grossen Zielen eines Menschenlebens darf nie zu einer Hetzjagd werden, die, blind und taub für die Gegenwart, nur Augen hat für das ferne Ziel. Es möchte uns sonst ergehen wie jenem Glücksjäger, der in seiner blinden Unrast sein wahres Glück nicht erkannte, das in Magdgestalt in seiner nächsten Nähe an seinem Herde schaltete und waltete, bis die Magd eines Morgens mit geschnürtem Bündel in der offenen Haustüre stand und, sich noch einmal umwendend, dem ruhelosen Jäger zum Abschied zurief: "Vergiss mich nicht; ich war das Glück."

Anni Weber.

SPD. Das Bohnenfest.^x Ein eigenartiges Volksfest fand früher in England am Dreikönigstage statt, das sogenannte "Bohnenfest". Dabei wurde in einen grossen Kuchen eine Bohne eingebacken. Wer das Stück mit der Bohne erwischte der wurde Bohnenkönig. Ihm musste alles beim Feste gehorchen; er gab ganz formal Gesetze, wählte sich auch unter den Mädchen eine Königin, die ihm folgen musste. Das Bohnenfest war eine Art von Maskenfest, bei dem allerlei Verkleidungen und Possen üblich waren. - In diesem Zusammenhange darf wohl auch an die alte deutsche Sitte erinnert werden, dass eine junge Verlobte ihre Freundinnen zu einer Kaffeegesellschaft einladet und ihnen dabei einen Kuchen vorsetzt, in den eine Kaffeebohne hineingebacken ist. Wer in seinem Stück Kuchen diese Bohne findet, der soll - so wird scherzhaft angenommen - die nächste Braut werden.

SPD. Einmachen von Salzbohnen.^x Salzbohnen werden am besten ganz in Salzwasser eingelegt und nicht geschnippelt. Sie schmecken recht gut im Winter und haben vor eingeschnippelten Bohnen den Vorteil, als Salat, warmes Gemüse mit holländischer Tunke oder als Eintopfgericht verwandt werden zu können. Die Bohnen werden vor dem Einmachen nicht abgezogen, sondern erst portionsweise vor dem Gebrauch, da doch immer wieder Verhärtungen an den Seiten entstehen, die man sonst bei Gebrauch erneut beseitigen müsste. So konservierte Bohnen haben gegenüber Schnippelbohnen auch den Vorzug, dass sie nicht so sehr ausgelaugt werden und ihren Geschmack viel besser bewahren.

SPD. Schmetterlingsraupen können hören.^x Nach den Untersuchungen von Professor H. Erhard in Freiburg (Schweiz) scheinen Schmetterlingsraupen eine Hörfähigkeit zu besitzen, da sie auf plötzlichen und kräftigen Schall durch Emporheben des Oberkörpers reagieren.
